

## Hinweis zu Informationspflichten gemäß Art. 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) Unser Umgang mit Ihren Daten und Ihre Rechte nach der DSGVO

Ihre Daten werden bei der Kreisverwaltung Mainz-Bingen für vielfältige Aufgaben verarbeitet und bereitgehalten. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Daten ist entweder eine spezielle Vorschrift in einem Fachgesetz oder § 3 Landesdatenschutzgesetz Rheinland-Pfalz vom 8. Mai 2018 (LDSG, GVBl. 2018, 93). Darin ist geregelt, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten durch eine öffentliche Stelle unbeschadet anderer Rechtsgrundlagen zulässig ist, wenn diese zur Erfüllung einer im öffentlichen Interesse liegenden Aufgabe oder in Ausübung ihrer übertragener öffentlicher Gewalt erforderlich ist. Daneben gibt es auch Fälle, in denen wir Ihre Daten aufgrund Ihrer Einwilligung verarbeiten. Neben den nachfolgenden Hinweisen erhalten Sie auch bei den jeweiligen Fachbereichen, die Ihre Daten verarbeiten, detaillierte und weitergehende Informationen über die Sie betreffende Datenverarbeitung.

### 1. Verantwortliche für die Verarbeitung Ihrer Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. a DSGVO)

Kreisverwaltung Mainz-Bingen  
Georg-Rückert-Straße 11  
55218 Ingelheim am Rhein  
Telefon: +49 (0) 6132-787 0  
E-Mail: [kreisverwaltung@mainz-bingen.de](mailto:kreisverwaltung@mainz-bingen.de)  
Website: [www.mainz-bingen.de](http://www.mainz-bingen.de)

### 2. Datenschutzbeauftragter der Verantwortlichen (Art. 13 Abs. 1 lit. b DSGVO)

Kreisverwaltung Mainz-Bingen  
Datenschutzbeauftragter  
Konrad-Adenauer-Straße 3  
55218 Ingelheim am Rhein  
Telefon: +49 (0) 6132-787 6601  
Email: [datenschutz@mainz-bingen.de](mailto:datenschutz@mainz-bingen.de)

### 3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DSGVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. C) und Abs. 2, 3 DSGVO i. V. m. § 68 Nr. 14 SGB I i. V. m. §§ 67 ff SGB X sowie §§ 1, 2, 4-7 UVG zum Zweck der Durchführung des Gesetzes zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehende Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder –ausfallleistungen (Unterhaltsvorschussgesetz) verarbeitet. Dies beinhaltet sowohl die Verarbeitung von personenbezogenen Daten zur Bearbeitung des Antrags auf Leistungen nach dem UVG als auch bei der Durchsetzung des auf das Land übergegangenen Unterhaltsanspruchs gegen den Elternteil, bei dem das Kind nicht lebt (barunterhaltspflichtiger Elternteil) sowie bei der Durchführung von Erstattungsanträgen anderer Sozialleistungsträger oder anderer Stellen und ggf. zu Prüfzwecken durch den Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshof Rheinland-Pfalz sowie der Bekämpfung von Leistungsmissbrauch.

### 4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DSGVO)

Empfänger personenbezogener Daten - soweit erforderlich - sind:

- Andere Sozialleistungsträger, soweit dies für die gesetzliche Aufgabenerfüllung (§ 69 Absatz 1 SGB X) der betroffenen Leistungsträger erforderlich ist (z. B. Deutsche Rentenversicherung, Krankenversicherung, Jobcenter, Bundesagentur für Arbeit)
- Finanzämter
- Gerichte
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- Bundesministerium des Innern
- Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz
- Bundeszentralamt für Steuern
- Bundesamt für Finanzen
- Bundesrechnungshof
- Landesrechnungshof
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- Landesministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz
- Landesjugendamt
- Insolvenzverwalter
- Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e. V. (DIJuF)
- Ausländerbehörde
- IT-Dienstleister
- Forschungsinstitute
- Bzgl. barunterhaltspflichtigem Elternteil auch
- Arbeitgeber/Ausbildungsbetrieb
- Versicherungsunternehmen

### 5. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DSGVO)

Ihre Daten werden nach Aktenabschluss 6 Jahre bei der Kreisverwaltung Mainz-Bingen gespeichert.

## 6. Folgende Datenkategorien werden verarbeitet:

### ▪ Stammdaten inkl. Kontaktdaten

Aktenzeichen, Name und Vorname des berechtigten Kindes und beider Elternteile, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Anschrift, Telefonnummer (optional), E-Mail-Adresse (optional), Familienstand, Kindschaftsverhältnis, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus, Renten-/Sozialversicherungsnummer, Bankverbindung

### ▪ Daten zur Leistungsgewährung und zum Rückgriff

Einkommensnachweise, Vermögensnachweise, Leistungszeitraum, -höhe, -art, Angaben zur Unterbringung und zu Betreuungzeiten des Kindes, Daten zu Unterhaltsansprüchen/Regressansprüchen, Daten zu Krankenversicherung, Rentenversicherung, Pflegeversicherung, Daten zur Dauer und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses

## 7. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. b bis d DSGVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der DSGVO insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO).
- Recht auf jederzeitigen Widerruf einer nach Art. 7 DSGVO erteilten Einwilligung in den Verarbeitungsfällen des Art. 6 Abs. 1 lit. a) oder Art. 9 Abs. 2 lit a) DSGVO.
- Recht auf **Berichtigung**, soweit die betreffenden Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DSGVO).
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DSGVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DSGVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung** nach Art. 18 DSGVO, insbesondere
  - soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit,
  - wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt,
  - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder
  - wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DSGVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf **Datenübertragbarkeit** der sie betreffenden personenbezogenen Daten nach Art. 20 DSGVO
- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass ein Elternteil, bei dem das Kind lebt, nur dann Unterhaltsvorschuss erhalten oder behalten kann, wenn seine personenbezogenen Daten genutzt und weitergeleitet werden dürfen.

## 8. Beschwerderecht (Art. 77 DSGVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim **Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz**, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz  
Hintere Bleiche 34  
55116 Mainz  
Telefon: +49 (0) 6131 208-2449  
Telefax: +49 (0) 6131 208-2497  
Webseite: <https://www.datenschutz.rlp.de>  
E-Mail: [poststelle@datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle@datenschutz.rlp.de)

Stand dieser Information: 03/2019